

# Berlin aktuell

## Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



## Hartz IV-Reform umgesetzt

Koalition legt Bildungsprogramm für Kinder und Jugendliche aus Hartz-IV-Familien vor

Am vergangenen Wochenende hat sich der Koalitionsausschuss auf die Neugestaltung der Regelleistung nach SGB II verständigt. Danach bleiben die Hartz-IV-Regelleistungen stabil – sowohl bei den Erwachsenen als auch bei den Kindern. Hintergrund: Nötig wurde eine Neufassung aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010. Darin beanstandeten die Richter die bestehende Regelung im Zweiten Sozialgesetzbuch – einem Gesetz, das unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung zustande gekommen war – als nicht verfassungskonform und verlangten Änderungen. Die klaren Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts waren die Leitplanken bei der Ermittlung der existenznotwendigen Aufwendungen auf der Grundlage verlässlicher Zahlen, die transparent, sach- und realitätsgerecht sowie nachvollziehbar und schlüssig auszugestalten waren. Mit der Entscheidung im Koalitionsausschuss ist nun in dieser Woche der Gesetzentwurf zur Neubemessung des Regelbedarfs im SGB II und im SGB XII von Bundesministerin Ursula von der Leyen auf den Weg gebracht worden.

Worum geht es im Einzelnen: Die neue Regelleistung für alleinstehende und alleinerziehende Erwachsene wird künftig 364 Euro betragen. Das ist eine Steigerung um fünf Euro. Obwohl die Regelleistung für Kinder und Jugendliche den neuen Berechnungen zufolge hätte sinken müssen, wird die Koalition, die im Bereich der Kinderregelsätze Vertrauensschutz für die Familien will, diese Sätze nicht verringern. Mit der von Ursula von der Leyen erarbeiteten Neubemessung liegen nunmehr transparent und nachvollziehbar berechnete Hartz-IV-Sätze – auch für Kinder und Jugendliche – vor. Nur dazu und nicht zu einer Erhöhung der Regelleistung hatte das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber verpflichtet. Um es ganz klar zu sagen: Die Notwendigkeit von Sozialtransfers als Akt der Solidarität stellt die Union grundsätzlich nicht in Frage. Ziel

unseres solidarischen Handelns darf aber nicht die dauerhaft erträgliche Ausgestaltung der Not sein. Vielmehr geht es uns als Union darum, dem in Not geratenen Menschen eine Rückkehr zu einem Leben in Freiheit und Eigenverantwortung zu ermöglichen und Gerechtigkeit auch gegenüber denen zu üben, die mit harter Arbeit ein geringes Einkommen aus eigener Anstrengung erwirtschaften. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten wollen wir Hartz IV nicht möglichst bequem ausgestalten, sondern die Menschen aus Hartz IV herausholen. Anträge der Grünen, die als Sofortmaßnahme die Anhebung der Regelsätze für Erwachsene auf 420 Euro, oder gar der Linken, die sogar eine Anhebung auf 500 Euro fordern, werden wir daher im Bundestag ablehnen.

Wir holen die Menschen durch eine Politik, die in die Fähigkeiten und Köpfe der Kinder und Jugendlichen im SGB-II-Bezug investiert, aus Hartz IV heraus. Zentraler Bestandteil unserer Neuregelung ist deshalb ein Bildungspaket. Ergänzend zu den Regelleistungen erhält jedes Kind Zugang zu einem Verein in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit, zu Ferienfreizeiten und außerschulischer Bildung mit einem Jahresbeitrag bis zu 120 Euro (monatlich 10 Euro), Schulmaterial im Gegenwert von 100 Euro (70 Euro zu Schuljahresbeginn, 30 Euro zum Schulhalbjahr) im Schuljahr und einen Zuschuss zu Schul- und Kitaausflügen von 30 Euro im Jahr. Kinder und Jugendliche, die am Kita- oder Schulmittagessen teilnehmen, erhalten einen Zuschuss von ca. 2 Euro pro Mittagessen. Kinder mit objektiven Schulproblemen erhalten ergänzend zu den schulischen Angeboten soweit erforderlich eine angemessene Lernförderung. Entscheidend ist, dass wir bedürftigen Kindern die Förderung von Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe geben, die nötig ist, um ihre Lebenschancen zu verbessern. Für die gesamte Gesellschaft ist dies ein wichtiges Signal und Kompass unserer Wertentscheidung zu Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und Subsidiarität.

### Energiekonzept der Bundesregierung

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung das Energiekonzept der Bundesregierung beraten. Es stellt eine bis in das Jahr 2050 reichende energiepolitische Gesamtstrategie zur Sicherstellung einer zuverlässigen, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung dar. Mit dem Konzept soll das Energiesystem der Zukunft so gestaltet werden, dass Deutschland bei wettbewerbsfähigen Energiepreisen und hohem Wohlstandsniveau eine der energieeffizientesten und umweltschonendsten Volkswirtschaften der Welt wird. Ebenfalls in dieser Woche veranstaltete die CDU/CSU-Fraktion mit namhaften Gästen aus Forschung und Wirtschaft den Kongress „Klima und Energie – Technologien für eine nachhaltige Zukunft“. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg und energiepolitische Koordinator der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Thomas Bareiß erklärte: "Das in dieser Woche beschlossene Energiekonzept der Bundesregierung ist wegweisend für Deutschland als Industrienation. Damit holen wir Versäumnisse aus der Zeit von Rot-Grün nach und beschreiten konsequent den Weg in das regenerative Zeitalter. In dem energiepolitischen Gesamtkonzept wird nicht nur die notwendige Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken um durchschnittlich zwölf Jahre festgelegt. Grundsätzlich zeigen wir den Weg auf, wie unsere Energieinfrastruktur in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten aussehen wird.“ Er stellte aber auch klar, dass die Ziele des Energiekonzepts keine Selbstläufer seien: „Die technologische Entwicklung in Deutschland muss damit Schritt halten“. Mit dem energiepolitischen Gesamtkonzept seien die politischen Voraussetzungen geschaffen. Nun müssten die richtigen Stellschrauben gedreht werden, damit Deutschland technologieführend bleibe. Zugleich warnte Bareiß vor dem drohenden Anstieg des Stromimports, der in den dem Energiekonzept zugrunde liegenden Szenarien dargestellt wird: „Deutschland hat das technologische Potential, um diese Entwicklung zu verhindern“. Er fügte hinzu, dass der Standortnachteil Deutschlands im Bereich erneuerbarer Energien durch die Ausschöpfung der technologischen Entwicklungspotentiale Deutschlands ausgeglichen werden müsse.

### Wahlen in der Unionsfraktion

In dieser Woche wählte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Spitze neu. Hintergrund: Gemäß Nr. 3 Satz 1 der Vereinbarung über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU erfolgt die Wahl für Ämter in der Fraktion zu Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages für ein

Jahr, dann für den Rest der Wahlperiode. Zur Wahl standen demnach: der Fraktionsvorsitzende, die Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU, die Parlamentarischen Geschäftsführer und Justiziar der CDU, die AG-Vorsitzenden und Obleute (auch die der CSU angehörenden), die CDU-Beisitzer im Fraktionsvorstand sowie Ämter in sonstigen Fraktionsgremien (Ehrenrat, Finanzkommission und Kassenkontrollkommission). Die CSU-Landesgruppe hatte ihre Vertreter (Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Fraktionsgeschäftsführer) bereits für die ganze Legislaturperiode gewählt. Bei den Wahlen wurde deutlich, wie stark die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg in der Führung der Gesamtfraktion vertreten ist: Volker Kauder wurde mit über 92 Prozent im Amt des Fraktionsvorsitzenden bestätigt. Dr. Andreas Schockenhoff wurde mit nahezu 90 Prozent als Stellvertretender Fraktionsvorsitzender für die Politikbereiche Außen, Verteidigung und Europa bestätigt. Zu Vorsitzenden der Arbeitsgruppen (Sprecher) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurden gewählt:

Für den Bereich Wirtschaft und Technologie: Dr. Joachim Pfeiffer, für Haushalt: Norbert Barthle, für Verteidigung: Ernst-Reinhard Beck sowie für Sport: Klaus Riegert. Zu stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgruppen (Obleute) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurden gewählt: Markus Grübel für die Arbeitsgruppe Familie, Frauen, Senioren und Jugend, Eberhard Gienger für die Arbeitsgruppe Sport und Ehrenamt und Siegfried Kauder für die Arbeitsgruppe Petitionen. Als Beisitzer im Fraktionsvorstand wurden gewählt: Thomas Bareiß, Axel E. Fischer sowie Christian Freiherr von Stetten. Nach den Wahlen beglückwünschte der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg, Thomas Strobl, alle Landesgruppenmitglieder, die in ihren Fraktionsämtern mit sehr überzeugenden Wahlergebnissen bestätigt worden waren, und wünschte ihnen für ihre verantwortungsvollen Aufgaben auch im Sinne der Landesgruppe viel Erfolg.

### Zitat

"Wie kommen sie eigentlich auf diesen Betrag? Wenn sie nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts arbeiten und wenn sie die Berechnungen des Statistischen Bundesamts zugrunde legen, kommen sie nicht einmal dann in die Nähe dieser Summe, auch wenn sie Glücksspiel, Alkohol, Zigaretten, illegale Drogen, Pauschalreisen, Flugreisen einrechnen wollen."

(Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen in dieser Woche im Bundestag mit Blick auf die von der Linksfraktion geforderte Summe von 500 Euro als Hartz-IV-Regelsatz für Erwachsene)

In eigener Sache

### 30.09.2010 Rief bekommt mehr Verantwortung in Berlin

Der Abgeordnete wurde in den Beirat der Schlichtungsstelle für öffentlichen Personenverkehr gewählt.

In der Fraktionssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Mittwoch wurden neben dem Fraktionsvorstand, den Arbeitsgruppenvorsitzenden auch verschiedene Beiratsvertretungen gewählt. So vertritt Josef Rief nun als einziges gewähltes Mitglied die gesamte CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Beirat der Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr (SÖP). Dies betrifft in erster Linie den Schienenverkehr, aber auch den Fluggast- und Busverkehr. Rief sagte nach der Fraktionssitzung: „Ich freue mich, diese wichtige Aufgabe für die Verbraucher in ganz Deutschland wahrnehmen zu können und hier als Repräsentant der Bürgerinnen und Bürger zur Verbesserung der Reisebedingungen beizutragen.“ Die unabhängige Schlichtungsstelle verzeichnet einen bundesweiten täglichen Falleingang von bis zu 25 Fällen und wird von den beteiligten Mitgliedsunternehmen von Schiene, Bus- und Luftverkehr getragen. Die bisherige Schlichtungsquote liegt bei 90 Prozent. An die Schlichtungsstelle können sich alle Kunden von Verkehrsunternehmen kostenlos wenden, deren Beschwerde beim beteiligten Unternehmen zu keiner Lösung geführt hat. Dank hoher Zufriedenheit der Beschwerdeführer mit der Schlichtungsmöglichkeit nehmen die Fälle immer mehr zu. „Das ist ein gutes Zeichen, vermeidet die Schlichtung doch oft langwierige Schadenersatzprozesse.“ so Rief. Rief geht davon aus, dass durch die künftigen Mitgliedschaften der Fluglinien auch die Bürger, die regionale Flughäfen nutzen, profitieren.

Am Donnerstag nahm Rief in seiner neuen Funktion erstmals an einer Sitzung des Beirats der SÖP teil.



### 27.09.2010 Bildungsprämie in Biberach

Am vergangenen Freitag besuchte das Bildungsmobil des Bundesministeriums für Bildung und Forschung die Volkshochschule Biberach, um auf die Bildungsprämie aufmerksam zu machen. Josef Rief unterstützte die Aktion und konnte sich auf der Veranstaltung über die Resonanz der Bildungsprämie informieren. Weitere Informationen zur Bildungsprämie finden Sie auf der Internetseite der VHS Biberach oder unter:

[www.bildungspraemie.info](http://www.bildungspraemie.info)



Besonderer Hinweis:

Die nächste Bürgersprechstunde von Josef Rief findet statt am:

**19. November von 14.00 - 16.30 Uhr**

im Wahlkreisbüro in Biberach  
Braithweg 27

Anmeldungen sind nicht erforderlich!